

Bischopauer Tageblatt und Anzeiger



und Anzeiger

Wochenblatt für Böhmen und Umgegend

Das „Bischopauer Tageblatt und Anzeiger“ erscheint wöchentlich, Sonntag, Bezugspreis 1.70 Bk. Zusätzl. 90 Bk. Bestellungen werden in unfr. Briefmarken, von den Boten, sowie von allen Postämtern angenommen.

Kreisungspreis: Die 40 mm breite Millimeterzeile 7 Bk.; die 80 mm breite Millimeterzeile im Zeitstil 25 Bk.; Nachschußel B. Bk. und Nachschußel 25 Bk. zuzügl. Porto

Das „Bischopauer Tageblatt und Anzeiger“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Hlboja und des Stadtrats zu Böhmen bestellbarste Blatt und enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Finanzamtes Böhmen — Bankkonten: Erzeugnisse Handelsbank a. G. m. B. Böhmen, Gemeindegeldkonten: Böhmen Nr. 1; Postkonten: Böhmen Nr. 42884 —

Zeitungs- für die Orte: Krumpfermühl, Waldkirchen, Wernitz, Hohenberg, Müllschütz, Weidau, Dittersdorf, Gernau, Dittmannsdorf, Witzschdorf, Scharfenstein, Schönbach, Borschenbrunn

Nr. 126

Mittwoch, den 1. Juni 1938

106. Jahrgang

Ausbau der Selbstverwaltung

Feierlicher Staatsakt in Wien / Grundlegende Rede von Reichsminister Frid

In einem feierlichen Staatsakt nahm Reichsinnenminister Dr. Frid im Amt des Reichsstatthalters die Einführung der neuen österreichischen Landesregierung vor. Mit dem Festakt wurde die Tatsache besonders unterstrichen, daß nach dem Willen des Führers die Landesregierung als Hoheits- und Verwaltungsträger des Landes Oesterreich nunmehr in jene Organisationsform gebracht wurde, die ihren künftigen bedeutenden Aufgaben entspricht. Dem gleichen Ziel dienen die jüngsten Entschlüsse des Führers hinsichtlich der Neuabgrenzung der Ostmark und der Ernennung der neuen Gauleiter, die in ihrer Eigenschaft als Landeshauptmänner gleichzeitig vom Reichsinnenminister in ihre Ämter eingeweiht wurden.

Reichsstatthalter Dr. Seyd-Quart gab noch einmal eine geschichtliche Darstellung der Märzereignisse. „Wir Oesterreicher“, so erklärte er hierbei, „trauern der niemals gewünschten Souveränität dieses Landes nicht nach, denn für uns ist dieses Land immer ein Bestandteil des deutschen Volkes gewesen.“

Wir geben freudig jene Formen auf, die sich aus der notwendigen Selbständigkeit ergeben haben. Unser Ziel war immer das Großdeutsche Reich.“

Reichsinnenminister Dr. Frid machte grundlegende Ausführungen über die verwaltungsmäßige Neuordnung des Landes Oesterreich. Er gab dabei die Versicherung ab, daß die gesamte Reichsregierung mit ihrer vollen Autorität bei der schwierigen Aufbauarbeit in der Ostmark hinter der neuen Landesregierung und den Landeshauptmännern stehe. Der Reichsinnenminister wies dann die historische Notwendigkeit der vom Führer verwirklichten Wiedervereinigung der Ostmark mit dem Deutschen Reich an Hand der Ereignisse nach, streifte die verdienstvolle Tätigkeit der nunmehr auscheidenden Minister, Staatssekretäre und Landeshauptleute und gab dann die Einweisung der neuen Landesregierung mit Reichsstatthalter Seyd-Quart als Führer der Landesregierung und Leiter des Ministeriums für innere und kulturelle Angelegenheiten, Minister Fischböck als Leiter der Ministerien für Wirtschaft und Arbeit und für Finanzen und Minister Reintaler als Leiter des Ministeriums für Landwirtschaft bekannt. Mit ihrem bewährten Rat würden auch weiter der Landesregierung zur Verfügung stehen: Minister Klausner, Minister Stalke-Dorstenau und Minister Sauer.

Dr. Frid fuhr fort: „Wie die Einheit von Partei und Staat ihren sichtbarsten Ausdruck in der Person des Führers findet, so ist in Anlehnung an bewährte Maßnahmen im Altreich, Personalunion auch in der Person der Gauleiter und Landeshauptmänner hergestellt. Den vom Führer berufenen Männer erwächst damit in den Ländern die Aufgabe, Partei und Staat auch in ihrem Amtsbezirk zu einer inneren Einheit zusammenzuschließen, damit

die Kraft der Bewegung der staatlichen Organisation neue Impulse

geben kann. In enger Anlehnung an die übernommene Grenzführung sind die Parteigänge neu abgegrenzt. Dieser Abgrenzung wird die staatliche Gliederung nach sorgfältiger Prüfung, wie den Landesinteressen der betroffenen Gebiete am besten Rechnung getragen werden kann, tunlichst folgen.

Die Neuordnung in den bisherigen Ländern beschränkt sich aber nicht nur auf personelle und räumliche Fragen, auch in organisatorischer Beziehung sind Änderungen zum Teil grundlegender Art zu erwarten oder schon eingeleitet.

Am Ende der organisatorischen Neuordnung steht die unmittelbare Unterstellung der Länder unter die Reichszentralstellen — und damit der Wegfall der bisher für Oesterreich bestehenden zentralen Einrichtungen in Wien. Die Zuständigkeiten der bisherigen „alten Einrichtungen“ in Wien gehen alsdann entweder auf die Behörden des Reiches oder der Länder über.

Wenn alsbald nach der Wiedervereinigung Oesterreichs mit dem Reich so weittragende gebietliche und organisatorische Maßnahmen durchgeführt werden, so liegt der Grund hierfür darin, daß die organisatorische Eingliederung eines Bundesstaates Oesterreich in das Einheitsreich der Deutschen nicht möglich ist.

Zusammenfassung der Verwaltung

Alle diese Maßnahmen werden aber mit stetem Blick auf die spätere Gesamtform des Reiches durchgeführt werden müssen. Deshalb sind die Grundprobleme, die sich zusammenfassen lassen in der Forderung der Einheit der Verwaltung und der Trennung der Verwaltung von der

(Fortsetzung auf Seite 2)

Bemerkungen

Rasches und energisches Strafverfahren

Seit Herbst 1936 arbeitet man an der Erneuerung des Strafverfahrens. Die Arbeiten sind nunmehr abgeschlossen. Der Entwurf des deutschen Strafgesetzbuches befindet sich im Augenblicke zur Beratung im Reichstagsrat. Über den Inhalt und das Ziel des Gesetzbuches sind bereits schon verschiedene Veröffentlichungen gemacht worden. Die Erneuerung des Strafrechts ohne eine Reform des Strafverfahrens wäre nur ein Stückwerk. Seit November 1936 tagt die große Strafprozeßkommission in drei großen Tagungsabschnitten. Die Vorarbeiten, die bereits vor der Wahlübernahme geleistet wurden, hat man dabei unberücksichtigt gelassen, da sich heute das Strafrecht auf wesentlich anderen Gedankenengängen aufbaut. Als oberstes Ziel des neuen Strafverfahrens hat man sich die rasche und energische Durchführung des Verfahrens gestellt. Der gerechte richterliche Spruch muß Verständnis im Volk finden. Der Blick des Strafrichters muß auf Ganze, also auf die Volksgemeinschaft, ausgerichtet sein. Zu diesem Zwecke hat man eine Auflockerung der Formvorschriften zur Vermeidung gefährlicher Ueberschneidungen formaler Bestimmungen vorgenommen. Auf der anderen Seite hat man einen vernünftigen Ausbau der Rechtsstellung des Angeklagten erwirkt. Der Angeklagte hat also eine weit stärkere Verteidigungsmöglichkeit. Damit ist am besten der Einwand widerlegt, daß das gestraifte Strafverfahren die Einengung der Rechte des Angeklagten bedinge. Hierzu gehört die Sicherung des Anhörens des Angeklagten in allen entscheidenden Verhandlungsphasen, die Sicherung der sachlichen Stellungnahme zu allen erhobenen Beweisen, das Recht der Anwesenheit bei wesentlichen gerichtlichen Verfahrensveranstaltungen, eine vernünftig ausgedehnte, aber sinnvoll beschränkte Appellmöglichkeit und das Recht der Einsicht in die Akten. Die Verantwortung, die für die Vorverfahren beim Staatsanwalt und für das Hauptverfahren beim Gericht liegt, wird klar abgegrenzt sein. Früher herrschte das bekannte Schlagwort der „Waffenlosigkeit“ zwischen Ankläger und Angeklagten vor. Der Ausgangspunkt war dafür die Vorstellung, daß das Strafverfahren eine Art Kampf zwischen Beiden war. Diese Auffassung läuft dem heutigen Empfinden zuwider, denn die Aufgabe des Staatsanwaltes ist nicht etwa die Ueberführung des Beschuldigten, sondern die Aufklärung des Tatbestandes, was durchaus verschieden ist. Durch verschiedene weitere Maßnahmen des neuen Entwurfes wird das Strafverfahren als eine eigene Handlung des Volkes ausgebaut. Früher war dies nicht der Fall. Die Rechtspflege wurde deshalb häufig als überflüssig, oft sogar als volksfeindlich empfunden. Das Volk ist aus diesem Grunde künftig unmittelbarer Mitträger des Rechtsgedankens. Seine gute Unterrichtung über die Rechtsvorgänge durch die Presse und den Film ist wichtig aber oft unzureichend. Deshalb ist es dringend notwendig, daß die Berufsrichter mit dem Volk weltanschaulich, politisch und gesellschaftlich verbunden sind. Darüber hinaus ist die Teilnahme an der Rechtsarbeit auch für Laien eine Notwendigkeit.

An die falsche Adresse

Die Entwicklung in der Tschechoslowakei läuft nach wie vor auf falschen Bahnen. Sie wird unterführt durch die falsche Einstellung der Weltmächte gegenüber Prag. In seiner Dörfner Rede hat Dr. Goebbels diesen Sachverhalt klar gestellt. Er hat die Kriegsheter energisch und eindeutig gemahnt. Die zweite Etappe der Gemeindevahlen war abermals ein glänzender Erfolg für das Sudetendeutstum. Der letzte Wahlabschnitt wird am 12. Juni erfolgen. Alle Bemühungen um Klärung und Beruhigung der Situation werden erschwert durch die Aufrechterhaltung der tschechischen Ausnahmeverfassungen. Die Haltung der Sudetendeutschen ist nach wie vor einzig dastehend. Auch der zweite Wahlsonntag ist ruhig verlaufen. Ueberall wird die allgemeine Entspannung mit Erleichterung begrüßt. Daß er so ist — und das sei hier eindeutig gesagt — ist nur der vorläufigen Disziplin der Sudetendeutschen zu verdanken. Es ist eben dies alte Tatsache, daß die deutsche Bevölkerung niemals durch fremden militärischen Druck gebeugt wird. Gerade das Gegenteil wird erreicht. Bester denn je hält die Bevölkerung am Deutschen fest. Dabei spielt es absolut keine Rolle, ob die Bedrückung noch so schwer ist. Es ist noch nicht lange her, daß wir das Gleiche erlebt haben. Ich erinnere hierbei an die militärische Besatzungszeit im Rheinland und im Saargebiet. Trotz der Herrschaft der Besatzung ist die Bevölkerung ferndeutsches geblieben. Alle Provokationen prallen an der sudetendeutschen Bevölkerung wirkungslos ab. Die Prager Regierung ist nun auf der einen Seite bemüht, durch Druck die sudetendeutsche Bevölkerung müde zu machen; auf der anderen Seite wird das Ausland mit Gerüchten über die angebliche deutsche Bedrohung aufgepeitscht. In Wirklichkeit ist absolut kein Anlaß zu einer internatio-

Wir prangern an:

Ganz gemeine Schmierfinken

Tschechische Hatzgefänge auf die Taten von Eger

Der Terror gegen das Sudetendeutstum wird von einer gewissenlosen tschechischen Hatzpresse, die den Haß in gewinnlicher Weise schürt, noch verschärft. Dabei entziehen die Schmierfinken ihre ganze Niederträchtigkeit und innere Verkommenheit, denn wie könnten sonst die Hatzgefänge möglich sein, mit denen diese Hatzblätter selbst noch über die unglücklichen Opfer der Mörder von Eger herfallen.

Ein Berliner Blatt prangert unter der Ueberschrift „Schmutz in jeder Zeile“ die beispiellose feilsche und geistige Verkommenheit der tschechischen Pressegangster an: Da ist der Leitartikel der „Libove Noviny“. Er meint, daß, wenn die zwei Notortabfahrer die Aufforderung des Wachmannes, anzuhalten, beobachtet hätten, sie um ihr „politisches Begräbnis“ gekommen wären. Seine Subtel schließt mit den Worten: „Die reisende Ernte ist um zwei Wirtschaftler ärmer, das ist die ganze Bilanz dieser Fete.“ (1) — Ueber die Kränze des Führers sagt derselbe Schmierfink: „Die Kränze werden wie alle Kränze wollen und die Bänder mit den Hakenkreuzen wird man irgendwo in einer Sammlung oder in einem Parteisekretariat aufbewahren.“

Der Leitartikel des linkssozialistischen Blattes „Marobny Osvobodeni“ steht seinem Kollegen in seiner Ausdrucksweise in nichts nach. Er spottet über die „prächtige Hypothese eines vermeintlichen Märtyrertums“, um dann eine ungläublich freche Lüge vom Stapel zu lassen: Die zwei Ermordeten seien nach acht Vierteln Wein in der Morgendämmerung auf dem Notort aus einem Weinkelner zurückgekehrt, in welchem Zustande sich auch der beste Notortabfahrer ein bißchen auf seinen Schuhen verfallen müße.

Diese Behauptungen und Verleumdungen angeht die unwiderlegbare Tatsache, daß der amtliche Gerichtsbesund eindeutig die Nichternheit der Ermordeten ergeben und die Obduktion der Leichen den Mordmord aus dem Hinterhalt erwiesen hat, sind so gemein und nichtswürdig, daß jedem anständigen Menschen die Worte fehlen, um die Verworfenheit solcher Subjekte zu brandmarken.

Die tschechischen Blätter befinden sich in trauriger Harmonie mit dem englischen Blättchen „Eu. Day Graphic“.

das, wie das Tageblatt gestern meldete, sich bemächtigt hätte, einen plumpen Schwindel über den Führer zu verbreiten. Noch sind die Gräber frisch und schon besitzen diese Untermenschen die Schamlosigkeit, die beiden Blutopfer des tschechischen Terrors zu beschimpfen. Ein Stel steigt einem hoch über so viel Verworfenheit und Niedertracht. Selbst die Trauer eines Volkes um seine gemordeten Brüder wird in Schmutz gezogen. Solche politischen Rowdys, die das Ansehen nicht wert sind, dürfen sich unter der Pressefreiheit der „Demokratien“ austoben.

Die mißbrauchte Freiheit in den „Demokratien“ ist im letzten Grunde schuld daran, daß die Völker nicht zueinander finden. „Was haben sie immer so gemacht, die bezahlten Vertreter der Banken- und Rüstungswelt, die am Blute der Völker verdienen wollen; wenn es dann so weit ist, dann waschen diese Wahrheitsfuchser und Gerechtigkeitsfanatiker ihre Hände in Unschuld“. Mit diesen Worten hat Dr. Goebbels in Dörfau mit schonungsloser Offenheit die dunklen Machenschaften der marxistisch-jüdischen Heter aufgedeckt. Und für solche Elemente halten die „Demokratien“ die Pressefreiheit bereit!

Da sind wir Wilden doch bessere Menschen! In den viel gelästerten autoritären Staaten ist für gewissenlose Lügnerfinder und Heter kein Platz. Bei uns herrscht Offenheit und Ehrlichkeit; wir halten das für die bessere Methode! Wir kämpfen mit offenem Bize, kämpfen für unsere Lebensrechte, kämpfen für den Frieden. Solche Kreaturen aber, die auf Schlechtmwegen Friedens treiben, werden wir zertreten wie glatte Katteln. B.